

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinsereate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: F. Hanmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 33-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: VVBergbau Bochum.

# Worauf wartet ihr?

Unsere Kameraden im Kriegsfelde erwarten von den Daheimgebliebenen bestimmt, daß sie den Verband aufrecht erhalten und durch fleißige Agitation für seine Verstärkung sorgen. Denn der Krieg dauert (zum Glück für die schwer leidende Menschheit) nicht ewig, sondern er kann unter Umständen rascher als wir alle vernunten beendet sein. Dann beginnt wieder der Kampf um genügend Lohn und für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter. Dann aber muß ein starker Bergarbeiterverband auf dem Posten sein!

Oder glaubt ihr, nach dem Kriege würden unsere wirtschaftlichen Gegner den Arbeitern gar mit Handfluch die sozialpolitischen und staatsbürgerlichen Forderungen bewilligen? Sieht das nach unseren bisherigen Erfahrungen so aus? Wer das glaubt, hat das Wesen der Wirtschaftskämpfe noch nicht begriffen, der hat sich Illusionen gemacht und wird schwer enttäuscht werden. Den besten Willen der Herr den Krieg zu einer gerechten Beurteilung der Arbeitergewerkschaften gekommenen einflußreichen Persönlichkeiten vorausgesetzt, über die harte Tatsache der natürlichen wirtschaftlichen Gegensätze können auch sie nicht hinwegspringen. Von der Arbeiterschaft selbst hängt es in erster Linie ab, was nach dem Kriege werden wird! Immer wieder haben wir das betont, dabei vor jedweder Phantasterei gewarnt und vor allen Dingen zur Einigkeit, zur Stärkung des Verbandes aufgefordert!

Leider hängen noch allzu viele dem althergebrachten Träumen und fruchtlosen Salbadern nach. Worauf wartet ihr eigentlich? Auf den nie kommenden Tag, wo uns die gebratenen Tauben des Schlaraffenlandes in den Mund fliegen? Auf eine Frucht ohne vorherige Saat? Oder wie die alten Israeliten auf den erlösenden Messias? Oder worauf wartet ihr?

Wohl klagt ihr über ungünstige Arbeits- und Lebensverhältnisse, und ihr habt ein Recht zum Klagen. Aber klagt ihr nicht seit Jahrzehnten, und habt ihr bemerkt, daß durch bloßes Klagen auch nur die geringste Besserung eintrat? Was verbessert wurde, das mußte mit Mannesmut und Opferlust erobert werden!

Worauf also wartet ihr vielen, vielen Tausende, die unter sozialen Nöten seufzen, aber nicht den einzigen Schritt tun, der Erlösung bringen wird?!

Organisation heißt die heilbringende soziale Medizin! Vereinigung mit den Berufsgenossen erhebt den einzelnen durch die Solidarität der Gesamtheit vom unbeachteten Industrieuntertan zum geachteten Industriebürger.

Die draußen im Kriegsfelde liegenden Bürger erwarten von den hunderttausenden Daheimgebliebenen, daß alle ihre gewerkschaftliche Pflicht tun. Warum zögert ihr, diese berechtigten Erwartungen zu erfüllen? Worauf wartet ihr eigentlich?

## Neue Audienz beim Handelsminister

Die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen hatten am 31. März wieder eine Aussprache mit Sr. Excellenz Herrn Sydow, dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe. Es handelte sich dabei um die Eingabe der vier Bergarbeiterverbände betreffend Errichtung von Einigungsämtern für den Bergbau. Bereits bei der Audienz am 26. Februar hatte der Herr Minister den Vertretern der Bergarbeiter gesagt, daß er zunächst auch mit der anderen Seite, den Herren Bergwerksvertretern, über die Sache verhandeln müsse. Jetzt teilte der Herr Minister mit, daß die Bergherren nicht für die Einigungsämter zu bewegen seien. Erstens wegen der Zusammensetzung der Einigungsämter und zweitens aus prinzipiellen Gründen. Auf diese Bedenken machte der Herr Minister schon bei der ersten Audienz aufmerksam. Er hat recht behalten. Er kennt also die Gesinnung und das Verhalten der Bergherren ganz genau. Was stört diese Herren der sogenannten Burgfriede! Unsere Eingaben und Beschwerden, welche wir unseren Mitgliedern in unserer Zeitung bekannt gaben, beweisen ja schon zur Genüge, daß die Herren im Bergbau noch die alten sind. Die Ablehnung der Einigungsämter beweist das aufs neue.

Um wenigstens einige Schritte vorwärts zu kommen, hat der Herr Minister an die Oberbergämter eine Verordnung herausgegeben, welche er den Vertretern der Bergarbeiter zur Kenntnis brachte.

Daß die Bergherren des rheinisch-westfälischen Bergbaues die Arbeiterschiedsrichter bei Lohnstreitigkeiten nicht als kompetent erklärten, ist zur Genüge bekannt. Die im Berggewerbegerichtsgesetz vorgesehenen Einigungsämter können nur dann funktionieren, wenn beide am Lohnstreit beteiligten Parteien — Arbeiter und Arbeitgeber — das Berggewerbegericht als Einigungsamt anrufen. So bestimmt es das Gesetz. Die Bergverwalter verhielten sich bisher fast ohne Ausnahme auch von aller Einmütigkeit in Lohnstreitigkeiten zurück, wenn sie nicht von beiden Seiten zur Vermittelung angerufen wurden. Das soll nun etwas anders werden. Der Herr Minister hat die Oberbergämter angewiesen, zukünftig dahin zu wirken, daß bei Verlegung der Schlichtzeit, Einlegung von Ueberprüfungen oder Heranziehung von Gefangenen, namentlich auch bei Differenzen über die Lohnfrage vorher die Arbeiterschiedsrichter als ausreichend gehört werden sollen. Namentlich sollen auch bei den Streitigkeiten der Werke zur Vermehrung der Produktion während der Kriegszeit die geplanten Maßnahmen vorher mit den Arbeiterschiedsrichtern gründlich besprochen und die Einwendungen und Anregungen der Ausschüsse nach Möglichkeit beachtet und berücksichtigt werden.

Die Oberbergämter sind in dieser ministeriellen Verfügung für den fiskalischen Bergbau ferner angewiesen, auch auf den Privatbergbau in demselben Sinne einzuwirken, damit namentlich auch Differenzen über die Lohnfragen möglichst vermieden werden. Die Oberbergämter und Medialbeamten sollen: zukünftig auch im Privatbergbau bei Differenzen schon dann vermittelnd eingreifen, wenn sie nur von einer Seite der Beteiligten angerufen werden. Sind die Differenzen zwischen den streitenden Parteien so ernster Natur, daß eventuell Streiks und Ausperrungen entstehen können, so sollen die Oberbergämter und Bergverwalter auch unaufgefordert vermittelnd eingreifen.

Wenn es im preussischen Landtag gelingt, diese Verordnung des Ministers allseitig zur Geltung zu bringen, namentlich wenn das im fortschrittlicheren und humanen Sinne geschieht, so wäre das immerhin ein großer Fortschritt, der zu einer besseren Verständigung bei Differenzen zwischen Bergarbeitern und Arbeitgebern beitragen würde.

Der Herr Minister betonte ausdrücklich, es solle alles getan werden, um das gegenseitige Vertrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern mehr zu fördern, und er hat auch die Organisationsvertreter der Arbeiter, in demselben Sinne zu wirken.

Wird diese Mahnung des Ministers auch von den Bergherren befolgt, so dürfte das sehr dazu beitragen, die Mißstände und die Mißstimmung im Bergbau nach und nach zu beseitigen. Vielleicht ist dann auch die Zeit nicht mehr fern, wo im deutschen Bergbau Einigungsämter und Lohnverträge zur Einführung gelangen. Das Mißtrauen der Bergherren gegen diese Einrichtungen, welche in anderen Berufen so segensreich für beide Teile wirken, ist wirklich bössig unberechtigt. Wann werden sie zu einer besseren Einsicht kommen?

## Lohnverluste im preuß. Bergbau.

Seit dem 3. Vierteljahr 1913 gingen die Löhne im preussischen Bergbau ständig zurück. Darin ist auch seit Kriegsbeginn keine Milderung eingetreten. Nach der amtlichen Lohnstatistik betrug (in Mark):

	Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht			Vierteljahrslohn pro Arbeiter		
	3. Viertel 1913	2. Viertel 1914	4. Viertel 1914	3. Viertel 1913	2. Viertel 1914	4. Viertel 1914
Ruhrgebiet	5,42	5,22	5,04	463	402	406
Oberschlesien	3,68	3,65	3,42	303	267	259
Niederschlesien	3,45	3,49	3,39	287	266	279
Saargebiet	4,44	4,42	4,26	356	325	331
Wachener Revier	4,97	4,80	4,60	415	365	363
Niederrh. Steinkohlenbergb.	5,69	5,49	5,34	462	412	416
Haller Braunkohlenbergbau	3,80	3,74	3,73	307	284	293
linksrh. Braunkohlenbergb.	4,30	4,25	4,20	347	328	331
Haller Salzbergbau	4,23	4,20	4,02	346	320	302
Glauchthaler Salzbergbau	4,41	4,39	4,10	361	330	306
Mansfelder Erzbergbau	3,70	3,66	3,67	304	291	308
Oberhärz. Erzbergbau	3,61	3,55	3,42	284	263	260
Siegener Erzbergbau	4,49	4,40	4,18	361	330	323
Rassau-Wehl. Erzbergbau	3,64	3,52	3,38	281	260	259
Westfäl. Erzbergbau	3,88	3,97	3,64	306	289	286
Westsächs. Erzbergbau	3,27	3,34	3,10	261	247	240

Der pro Arbeiter und Schicht verdiente Durchschnittslohn war also im 4. Vierteljahr 1914 in allen Bergrevieren erheblich niedriger wie im 2. Vierteljahr 1914, mit Ausnahme des Mansfelder Erzbergbaues, wo er 1 Pf. höher stand. Die demgegenüber teilweise etwas höheren Vierteljahrslohne erklären sich durch die größere Schichtenzahl. Im 4. Vierteljahr 1914 stieg die Schichtenzahl pro Arbeiter gegenüber dem 2. Vierteljahr 1914 im Ruhrgebiet von 77 auf 81, in Oberschlesien von 73 auf 76, in Niederschlesien von 76 auf 82, im Saarrevier von 73 auf 78, im Wachener Revier von 76 auf 77, im niederrheinischen Steinkohlenbergbau von 75 auf 78, im Haller Braunkohlenbergbau von 77 auf 78, im linksrheinischen Braunkohlenbergbau von 77 auf 78, im Mansfelder Erzbergbau von 77 auf 82, im Oberhärz. Erzbergbau von 74 auf 76, im Siegener Erzbergbau von 75 auf 77, im Rassau-Wehl. Erzbergbau von 74 auf 76, im rechtsrheinischen Erzbergbau von 73 auf 74, im linksrheinischen Erzbergbau von 74 auf 75. Trotz der gegen das 2. Viertel 1914 höheren Schichtenzahl ist auch der Vierteljahrslohn pro Arbeiter noch in einer Anzahl Reviere zurückgegangen. Welche Lohnverluste die Arbeiter seit dem 3. Viertel 1913 durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl erlitten haben, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Ganz Preußen			Oberbergamtsbez. Dortmund		
Arbeiterzahl	Vierteljahrslohn p. Arbeiter	Lohnverluste Mark	Arbeiterzahl	Vierteljahrslohn p. Arbeiter	Lohnverluste Mark
3. Viertel 1913: 723 768	898	—	379 591	468	—
4. Viertel 1913: 754 511	370	21 125 735	398 768	425	15 258 621
1. Viertel 1914: 772 609	357	31 870 294	407 512	402	24 710 915
2. Viertel 1914: 767 177	352	35 510 084	405 183	402	24 687 119
3. Viertel 1914: 602 319	359	23 080 552	329 128	410	17 369 896
4. Viertel 1914: 549 729	333	24 775 793	294 503	405	16 972 810
Summa:	—	136 162 458	—	—	98 994 361

Wären Durchschnittslohn und Schichtenzahl nur auf der gleichen Höhe geblieben wie im 3. Vierteljahr 1913, dann müßte entsprechend der Belegschaft die Gesamtlohnsumme im preussischen Bergbau betragen:

- 4. Viertel 1913: 800 516 040 Mk. statt 279 890 805 Mk.
- 1. Viertel 1914: 807 498 982 Mk. statt 275 828 086 Mk.
- 2. Viertel 1914: 806 888 446 Mk. statt 269 828 362 Mk.
- 3. Viertel 1914: 289 782 062 Mk. statt 216 642 410 Mk.
- 4. Viertel 1914: 218 792 142 Mk. statt 194 016 349 Mk.

Wenn Durchschnittslohn und Schichtenzahl auf der gleichen Höhe geblieben wären wie im 3. Vierteljahr 1913, dann müßte entsprechend der Belegschaft die Gesamtlohnsumme im Oberbergamtsbezirk Dortmund betragen:

- 4. Viertel 1913: 184 017 218 Mk. statt 168 703 595 Mk.
- 1. Viertel 1914: 188 714 801 Mk. statt 164 003 886 Mk.
- 2. Viertel 1914: 187 636 195 Mk. statt 192 049 076 Mk.
- 3. Viertel 1914: 132 415 886 Mk. statt 135 045 990 Mk.
- 4. Viertel 1914: 136 881 394 Mk. statt 119 408 564 Mk.

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandene Gesamtlohnverlust betrug nach vorstehender Zusammenstellung im preussischen Bergbau in fünfzehn Monaten 136 162 458 Mk.; davon entfielen allein auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund (Ruhrbergbau) 98 994 361 Mk. Dort also, wo die Werksbesitzer die größten Gewinne erzielt haben, sind die Lohnrückgänge und Lohnverluste weitaus am stärksten.

Das war auch nach den Hochkonjunkturjahren 1900 und 1907 zu beobachten. Im 3. Viertel 1900 hatten die Löhne den Höchststand erreicht, von da ab gingen sie zurück und erreichten den alten Stand erst wieder im 3. Viertel 1906. Welche Lohnverluste den Bergarbeitern durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl nach dem 3. Viertel 1900 in ganz Preußen und im Oberbergamtsbezirk Dortmund entstanden, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Ganz Preußen			Oberbergamtsbez. Dortmund		
Arbeiterzahl	Vierteljahrslohn p. Arbeiter	Lohnverluste Mark	Arbeiterzahl	Vierteljahrslohn p. Arbeiter	Lohnverluste Mark
3. Viertel 1900: 446 948	296	—	219 838	348	—
4. Viertel 1900: 470 043	286	4 700 430	232 186	333	3 482 027
1. Viertel 1901: 480 686	271	12 017 715	235 880	308	9 435 520
2. Viertel 1901: 478 631	265	14 837 561	234 314	306	9 341 188
3. Viertel 1901: 481 084	278	8 659 512	236 375	314	8 036 750
4. Viertel 1901: 489 838	262	18 654 424	240 477	297	12 264 327
1. Viertel 1902: 486 548	242	26 273 592	239 723	289	18 938 117
2. Viertel 1902: 472 576	247	23 156 224	231 984	278	16 238 880
3. Viertel 1902: 473 827	261	16 883 945	233 247	293	12 828 585
4. Viertel 1902: 488 388	256	19 535 520	241 217	290	13 900 586
1. Viertel 1903: 494 509	253	21 263 887	245 617	287	14 982 937
2. Viertel 1903: 490 327	253	21 084 061	244 405	289	14 419 895
3. Viertel 1903: 493 518	278	8 883 824	246 430	310	7 146 478
4. Viertel 1903: 510 794	271	12 769 850	256 019	319	8 428 722
1. Viertel 1904: 518 814	266	15 564 420	261 718	303	11 777 310
2. Viertel 1904: 512 089	255	20 095 649	260 193	292	14 570 809
3. Viertel 1904: 511 695	274	11 257 290	260 280	308	10 411 200
4. Viertel 1904: 528 708	270	19 746 434	265 943	305	11 435 549
1. Viertel 1905: 526 480	297	31 000 370	256 214	336	28 695 968
2. Viertel 1905: 528 673	267	15 331 517	260 772	304	11 473 966
3. Viertel 1905: 525 447	290	—	257 797	331	4 382 649
4. Viertel 1905: 541 814	277	10 294 466	263 645	314	8 968 930
1. Viertel 1906: 551 388	293	—	268 774	335	3 494 062
2. Viertel 1906: 545 304	287	4 907 736	267 952	331	4 553 184
Summa:	—	329 517 927	—	—	261 094 230

Der Gesamtlohnverlust, den die Bergarbeiter im preussischen Bergbau infolge der Lohnrückgänge und der geringeren Schichtenzahl vom 3. Viertel 1900 bis einschließlich 2. Viertel 1906 erlitten haben, betrug danach 329 517 927 Mk.; davon entfielen allein auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund 261 094 230 Mk.

Erst im 3. Viertel 1906 überstiegen die Löhne wieder den alten Stand vom 3. Viertel 1900. Im 3. Viertel 1907 hatten die Vierteljahrslohne aber schon den Höchststand erreicht, von da an gingen sie zurück und erreichten den alten Stand erst wieder im 3. Viertel 1912. Welche Lohnverluste den Bergarbeitern durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl nach dem 3. Viertel 1907 in ganz Preußen und im Oberbergamtsbezirk Dortmund entstanden, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Ganz Preußen			Oberbergamtsbez. Dortmund		
Arbeiterzahl	Vierteljahrslohn p. Arbeiter	Lohnverluste Mark	Arbeiterzahl	Vierteljahrslohn p. Arbeiter	Lohnverluste Mark
3. Viertel 1907: 588 572	350	—	292 809	414	—
4. Viertel 1907: 616 740	339	6 784 140	309 353	399	4 640 295
1. Viertel 1908: 634 838	329	13 391 598	320 435	392	10 263 920
2. Viertel 1908: 634 287	313	23 468 619	320 475	364	16 023 750
3. Viertel 1908: 638 430	338	7 661 160	329 393	392	7 112 686
4. Viertel 1908: 668 400	313	24 545 800	335 358	357	19 115 406
1. Viertel 1909: 665 240	295	36 588 200	335 295	327	29 170 665
2. Viertel 1909: 652 682	290	39 160 920	325 210	327	28 293 270
3. Viertel 1909: 653 972	313	24 196 964	327 003	351	20 601 189
4. Viertel 1909: 668 864	304	30 675 744	334 143	344	23 390 010
1. Viertel 1910: 674 685	289	41 156 785	338 560	324	30 470 400
2. Viertel 1910: 659 286	298	34 282 872	338 314	337	25 665 176
3. Viertel 1910: 652 587	319	20 230 197	329 976	361	17 488 725
4. Viertel 1910: 667 512	316	24 030 432	336 577	360	18 175 158
1. Viertel 1911: 675 741	313	25 002 417	341 508	356	19 807 464
2. Viertel 1911: 686 438	308	27 990 398	338 703	350	21 876 992
3. Viertel 1911: 681 250	332	—	337 091	376	12 909 458
4. Viertel 1911: 686 776	320	20 603 280	349 588	364	17 477 900
1. Viertel 1912: 688 207	328	15 140 654	348 092	371	14 967 956
2. Viertel 1912: 694 990	333	11 814 830	355 862	385	10 319 998
Summa:	—	426 863 908	—	—	347 460 408

Der Gesamtlohnverlust, der den Bergarbeitern infolge der Lohnrückgänge und der geringeren Schichtenzahl vom 3. Viertel 1907 bis einschließlich 2. Viertel 1912 im preussischen Bergbau entstand, betrug danach 426 863 908 Mk.; davon entfielen allein auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund 347 460 403 Mk.

In die ersten Vierteljahre 1905 und 1912 entfielen die großen Bergarbeiterstreiks, was bei der Beurteilung der angeführten Lohnverluste zu berücksichtigen ist. Die Lohnverluste sind nach den amtlichen Angaben berechnet.

Der durch Rohnrückgänge und geringere Schichtenzahl entstandene Lohnverlust betrug mithin im preußischen Bergbau in der Zeit vom

- 8. Viertel 1900 bis einschließlich 2. Viertel 1908: 829 517 927 M.
8. Viertel 1907 bis einschließlich 2. Viertel 1912: 426 638 908 M.
8. Viertel 1918 bis einschließlich 4. Viertel 1914: 138 162 458 M.

Summa: 892 344 293 M.

Davon entfallen allein auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund (Ruhrbergbau) in der Zeit vom

- 8. Viertel 1900 bis einschließlich 2. Viertel 1908: 261 094 280 M.
8. Viertel 1907 bis einschließlich 2. Viertel 1912: 847 460 408 M.
8. Viertel 1918 bis einschließlich 4. Viertel 1914: 88 994 881 M.

Summa: 707 548 969 M.

Der infolge der Rohnrückgänge und geringeren Schichtenzahl entstandene Gesamtlohnverlust betrug also in der genannten Zeit im preußischen Bergbau 892 344 293 M.; davon entfallen allein auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund 707 548 969 M., das sind 79,3 Prozent des Gesamtlohnverlustes...

In der Hauptsache einig.

Eine Anzahl Zuschriften aus unseren Mitgliederkreisen bezeugt uns, daß man unter den Bergarbeitern die Frage, warum die sozialdemokratische Fraktion am 20. März nicht wieder wie am 4. August einheitlich abstimmte, lebhaft, ja heftig diskutiert...

Die internen Meinungsverschiedenheiten der verschiedenen Parteien gehen, soweit sie keine die Gewerkschaften direkt betreffende Angelegenheit berühren, den Gewerkschaftler als solchen nichts an. Auf alle Fälle haben nur die Mitglieder und offiziellen Instanzen der betreffenden Partei über Differenzen innerhalb dieser Partei zu entscheiden...

Die Gewerkschaften aber haben ein hohes Interesse an der uneingeschränkten Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit des Wirtschaftsgebietes, in welchem sie für soziale Reformen kämpfen! Um dessentwillen kann es uns auch als Gewerkschaftler durchaus nicht gleichgültig sein, welche Maßnahmen zur Landesverteidigung getroffen werden...

Darum wollen wir nachfolgend nachweisen, daß sich die deutschen Sozialdemokraten, gleichviel ob „Revisionsisten“ oder „Radikale“, in der Hauptsache, auf die es jetzt ankommt, nämlich in der Beziehung der Vaterlandsverteidigung, einig sind!

Daß sich in unserem Vaterlande kein Mensch befindet, der eine lange Kriegsdauer wünscht, halten wir für selbstverständlich. Da die sozialdemokratische Partei grundsätzliche Kriegsgegnerin ist, versteht es sich auch von selbst, daß sie, ungeachtet ihres Eintretens für die Landesverteidigung, der Friedensfreundlichkeit den stärksten Ausdruck gibt...

Schon die Tatsache, daß der „Vater des Revisionsismus“, Reichstagsabgeordneter Edward Bernstein, sich unter den Abgeordneten befand, die sich am 20. März der Abstimmung enthielten, beweist Klipp und Klar, daß es ein Unfug ist, nur die „Revisionsisten“ als „ehrlieh“ Vaterlandsfreunde zu bezeichnen...

Andrerseits haben sich seit Jahren als „Radikale“ bekannte sozialistische Abgeordnete, wie Lensch, Grenz, Schulz usw., entschieden für die Kriegskreditbewilligung ausgesprochen und so gehandelt.

Hören wir aber auch, was auf dem linken („radikalen“) Flügel der sozialdemokratischen Partei stehende Blätter in den entscheidungsschweren Augusttagen 1914 schrieben.

Die „Schwäbische Volkszeitung“ in Augsburg schrieb am 1. August:

„Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes hat diesen Krieg nicht gewollt. Aber es gibt in Deutschland keine Partei, keine Gruppe und — wir glauben — keinen Menschen, der in diesem Kriege eine Niederlage Deutschlands will...“

Am gleichen Tage schrieb die Elberfelder „Freie Presse“, es sei „nicht der Wunsch der Sozialdemokratie, daß sich der Schrecken des Zusammenbruchs auf Deutschland häuft“; und am 6. August schrieb daselbe Blatt:

„England hat Deutschland den Krieg erklärt. Das bedeutet, daß nunmehr der eiserne Gelimn sich auch zur See entfaltet und dort ebenfalls schauerliche Opfer fordern wird...“

Die „Frankfurter Tagespost“ (Münster) vom 2. August schrieb, Rußland fordere „uns nun heraus zum Kriege“.

„Aber kommt es zum Kriege, auch mit dem westlichen Nachbarn, so gilt es auch dann vom heimischen Boden fern zu halten den Feind, er mag sein wer er sei.“

Die „Königsberger Volkszeitung“ schrieb am 3. August: „Unter russischem Zepher gibt es keine Spur von Selbstbestimmungsrecht des Volkes; keine sozialdemokratische Presse ist dort erlaubt; sozialdemokratische Vereine und Versammlungen sind dort verboten...“

Die „Dreiner Bürgerzeitung“ erörterte am 3. August die Möglichkeiten der Kriegsverhinderung und kam zu dem Schluß: „Wir sagen auch heute: Es ist eine Torheit, sich wider das schwere Geschick aufzulehnen...“

Die „Leipziger Volkszeitung“ besprach am 4. August die Kriegskreditbewilligung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und urteilte, damit „zeigen wir durch die Tat, daß wir nicht gewillt sind, das deutsche Reich durch „Rosalen“ vernichten zu lassen...“

Das „Volksblatt“ in Halle schrieb am 2. September zur Kreditbewilligung gegenüber den Gerüchten von einem „Nubhandel“ zwischen Regierung und Sozialdemokraten:

„Weber ist ein Kunststück versucht worden, noch bedurfte es eines solchen, um die Sozialdemokratie zu einem Verhalten zu bestimmen, das einfach die Konsequenz der von ihr selbst wiederholt abgegebenen Erklärung war...“

Die „Essener Arbeiterzeitung“ schrieb am 5. August: „Verteidigung unseres Landes! Niederschlagen seiner Feinde! Zwar ist es eine grauliche Fronte der Weltgeschichte: Wir Sozialdemokraten, die „vaterlandslosen Gesellen“, wir, die wir die grimmigsten Gegner des Krieges sind...“

Aus allen diesen Breshimmen, die wir noch sehr vermehren könnten, geht klar hervor, daß auch die sozialistischen Blätter, die den „Revisionsismus“ bekämpfen, einmütig die Pflicht der tapferen Landesverteidigung bejahen, das „Niederschlagen“ der Feinde fordern und stolz sind auf die Anerkennung der früher bezweifelten patriotischen Haltung der Parteivertreter.

In der großen Industriestadt Essen, wo sich ein Zentrumisblatt wiederholt verweist bemüht, die sozialistische „Arbeiterzeitung“ als nicht zuverlässig im wahrhaft patriotischen (nicht zu verwechseln mit hurrapatriotischen) Sinne erscheinen zu lassen, haben außer einigen Gewerkschaftsvertretern auch die ersten Parteifunktionäre, darunter der Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“, einen von dem Oberbürgermeister vorgeschlagenen Aufruf an die Bürgererschaft mit unterzeichnet, in welchem es wörtlich heißt:

„Das deutsche Volk ist durch rußlosen Ueberfall zum Kriege gedrängt. Um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes, des Deutschlands auf dem Erdenrunde geht es, und unser ganzes Volk weiß: wir ziehen in einen heiligen Krieg!“

Alle Gegensätze, alle Unterwürfe fallen, nur eins gilt zur Stunde: das Vaterland! Für das Vaterland stürzen unsere tapferen Scharen mit todesmutiger Begeisterung und Vertrauen auf unsere gerechte Sache hinaus über die Grenzen, um der Welt zu zeigen, was wir vermögen, wenn freudig das scharfe, deutsche Schwert aus der Scheide gezogen wird.“

Rückhaltlos kann man sich nicht als ein zur Verteidigung des Vaterlandes entschlossener Patriot bekennen, als durch die Unterzeichnung obiger Sätze. Demgegenüber befaßt es gar nichts, daß auch mal eine kritische Stimme laut wird, woraus dann die zögerliche Presse (die, wie wir aus kameradschaftlichen Mitteilungen entnehmen, bei den vorerwähnten Diskussionen unter den Arbeitsgenossen als Quelle benutzt wird) den Beweis der Unzuverlässigkeit herleiten will...“

Wir besitzen auch aus der Essener „Arbeiterzeitung“ ungewöhnliche Zeugnisse für eine sogar manchmal leidenschaftlich aufflammende vaterländische Gesinnung der Blattleitung. So getriebel sie am 8. August unter der Ueberschrift: „Frankreichs Hinterlist“ die geheimen Mobilisierungsvorbereitungen der französischen Kriegspartei und forderte „nicht zuletzt im Interesse der deutschen Arbeiterklasse“ auf zum Zusammenhalten für den Sieg Deutschlands.

„Und am 2. September schrieb die „Arbeiterzeitung“ von dem „japanischen Raubtier“, das den Engländern durch die Besitzergreifung Kiautschows zuvorkomme. Das sind gewiß sehr scharfe Ausdrücke. Derart kann man aber nur schreiben, wenn man ehrlich entriestet ist über eine schwere Verletzung der nationalen Empfindungen seines Volkes...“

Man kann nur einem verschwindend kleinen Teil der sozialdemokratischen Presse Deutschlands nachsagen, mit den wenigen Eigenbrütlern zu sympathisieren. Die Essener „Arbeiterzeitung“ gehört nicht dazu, denn sie hat sich nicht nur am 3. Dezember 1914, sondern auch wieder am 21. März 1915 ausdrücklich der Verurteilung des bis zum Tode verurteilten Liebknechts durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion angeschlossen...

Wie sich die Essener „Arbeiterzeitung“ speziell bemüht, den von den Feinden Deutschlands schuldlich gemischten „inneren Unruhen“ entgegenzuwirken, das geht schon aus ihrer Nummer vom 28. August hervor. Damals war die Arbeitslosigkeit fast beinahe vollständig schredenerregend groß und die notwendigsten Lebensmittel stiegen so sprunghaft im Preise, daß von Umständen die Geschäftspreise festgesetzt werden mußten...

In unserem Bezirk ist bekanntlich seit einigen Tagen die Benjur verschärft worden, nachdem am Sonntag eine Konferenz der in Frage kommenden Herren Bürgermeister usw. unter Teilnahme des Herrn Regierungspräsidenten stattgefunden hat.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Maßnahme auf die Befürchtung zurückführen, die ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit (in Elberfeld-Warmen ca. 15 000 Arbeitslose) werde die notleidende Bevölkerung zu unruhigen Demonstrationen usw. verleiten. Aber selbst wenn man sie liegen müßte, gäbe es ein wirksames Mittel, sie zu zerstreuen.

Wenn die Behörden überlastet sind mit den Arbeiterorganisationen, wenn untauglichen Stoffland zu beschaffen, um Auftrieb und Anruhe in der Bevölkerung zu verhindern, so werden sie damit stets Erfolg haben. Es gibt keine bessere Sicherheitspolizei im Lande, als die Arbeiterorganisationen! Allerdings ist es Pflicht des Staates und der Gemeinden, Hinterlassene der Arbeiter und durch den Krieg arbeitslos Gewordene nicht hungern zu lassen...

Wer angesichts dieser ungewöhnlichen Kundgebung für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens während der Kriegszeit behaupten wollte, wenigstens die „radikale“ sozialdemokratische Presse tue nichts zur Beruhigung der Arbeitermassen, der beging eine Geschichtsfälschung. Allerdings wurden (und werden) energisch vorbeugende Notstandsmaßnahmen getroffen, aber darin dokumentiert sich auch nur die ehrliche Absicht, der unbesiegbaren Volksmasse das notwendige Durchhalten nach besten Kräften zu erleichtern.

Wir glauben, den Beweis erbracht zu haben, daß es in der Hauptsache, nämlich in der Betonung der Pflicht der Verteidigung des Vaterlandes, zwischen sozialdemokratischen „Radikalen“ und „Revisionsisten“ keinen Unterschied gibt. Die im Reichstag zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten berühren diese Kernfrage nicht. Das muß angesichts gewisser „Deutungsversuche“ mit allem Nachdruck hervorgehoben werden.

Unterschiedliche Auffassungen über die Kriegsurache, den Kriegsverlauf und die Friedensbedingungen gibt es, wie ein Studium der Tagespresse lehrt, auch in anderen politischen Parteien. Es verbürgt die Sicherheit unseres Heimatlandes in der Gegenwart und in der Zukunft, daß es hier keinen auch nur halbwegs ernst zu nehmenden Menschen gibt, der eine Niederlage Deutschlands wünscht. Und das ist die Hauptsache.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Ablauf des Kalialabes, weitere Vermehrung der Kaliwerke

Die Kaliwerksgesellschaft Carlslund teilt in ihrem Geschäftsbericht mit, daß Kalialibikat im Jahre 1914 einen Gesamtabsatz von 9 039 883 Doppelzentner (reines) Kali gehabt, 2 063 811 Doppelzentner weniger als 1913.

Aber auch ohne den Krieg würde sich die deutsche Kaliindustrie in einer kritischen Situation befinden, weil die kolossale Verlesvermehrung nicht ausgeglichen werden konnte durch eine ähnliche Erhöhung der Abfahes. Dem 1888 gegründeten Kalialibikat gehörten damals 10 Werke an, 1888 waren es immer erst nur 12, 1900 aber schon 53; 1913 wies die Liste der auf Grund des Reichsalibikates (seit 1910) errichteten Verteilungsstelle 165 Werke und Ende 1914 hatten 193 Werke sogenannte endgültige oder vorläufige Verteilungsstellen (Abfah-) Ziffern zugewiesen bekommen.

Die Geschäftsabläufe der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft

in den letzten neun Jahren zeigen, worauf wir bereits in der vorigen Nummer dieser Zeitung hinwiesen, daß auch das Ueberjahrgesamt im ersten Kriegsjahre (1914) kein unglückliches ist.

Table with 4 columns: Jahr, Aktienkapital, Rohgewinn, Dividende. Rows for years 1906 to 1914.

Der diesmal ausgewiesene Rohgewinn ist zwar geringer als der in den beiden vorangegangenen Jahren, aber noch um über 2 Mill. M. höher als das Jahresertragnis von 1911, dem ersten Geschäftsjahre, in dem die Gesellschaft mit dem von 156 Mill. M. auf 180 Mill. M. erhöhten Aktienkapital arbeitete.

Dividende von je 9 Prozent gezahlt wurde. Der erzielte Ueberschuss hätte aber recht gut die Zahlung einer zehnprozentigen Dividende gestattet. Man verwendet also einen höheren Ueberschussbetrag als sonst zur Stärkung der Reservefonds.

Zunahme der Förderung pro Arbeiter.

Die Mitteilungen unserer Kameraden über bedeutend erhöhte Arbeitsleistungen werden auch bestätigt durch den neuen Geschäftsbericht der Besse Ueber bei Kupferberg. Aus diesem teilt die Tagespresse mit:

Der Geschäftsbericht für 1914 sieht diesmal von den üblichen statistischen Angaben ab, da der Krieg die günstige Entwicklung des Werkes in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres jäh unterbrochen habe. Die aus bekannten Folgeerscheinungen des Krieges sich ergebenden Ziffern seien anormal wie ihre Ursachen und gestatten nicht einen Vergleich mit den Ziffern des vorhergehenden Jahres. Trotz der Beeinträchtigung der Arbeitsleistung, insbesondere auch durch die infolge Einberufung produktiver Kohlenhauer notwendig gewordene Verlegung der Betriebspunkte unter Tage mit weniger geschulten, zum Teil dem Tagebetriebe entnommenen Arbeitsträfte, gelang es uns, die Durchschnittsleistung zu erhöhen; sie stellte sich auf 1,164 (1,143) Tonnen je Mann und Schicht, einschließlich der auf Schacht- und Grubenbau, Neuanlagen und Werkstoffverarbeitung entfallenden Schichten.

Die eingekammerte Zahl betrifft die Durchschnittsleistung 1913. Es ist also trotz Abgangs vieler geschulter und Einstellung wenig oder gar nicht geschulter Arbeiter die Förderung pro Arbeiter noch gesteigert. Der Geschäftsbericht vertritt uns auch; daß sogar die Brikkettfabrikschichten auf die Kohlenförderung angerechnet werden! Das muß man sich merken. Der Neulingein ein schließlich Ueberschüssen belief sich 1914 auf 748 280, 1913 auf 445 650 Mark. Das sind letztjährig pro Tonne Förderung über 2,80 Mk. Ueberschuss! Im Verhältnis zu diesem hohen Ueberschuss sind die Arbeiterlöhne zu niedrig.

Vergleichen ersehen wir aus dem Bericht der großen Bergwerksgesellschaft Auenberg, daß sie den absoluten Förderausfall in 1914 durch eine Erhöhung der Förderung pro Arbeiter etwas ausgleichen konnte. Dem auch sonst interessanten Bericht entnehmen wir folgendes (die eingekammerten Zahlen betreffen das Jahr 1913):

„Bei 201 Arbeitstagen stellte sich die Förderung im Durchschnitt auf 6710 To. je Tag (7012); sie betrug 7815 To. arbeitsmäßig in den 104 Tagen vor dem Kriege und 5257 To. in den 127 Arbeitstagen nach seinem Ausbruch. Während in diesen die Förderung je Arbeitstag im ersten Kriegsmonat nur 4292 To. betrug, war sie gegen Jahresabschluss bereits wieder auf 5433 To. gestiegen. Abgesetzt wurden für Rechnung des Syndikats 1724 707 To. = 70,84 Prozent der Belegschaftsleistung. Der Selbstverbrauch betrug 174 801 To. = 8,92 Prozent der Selbstförderung gegen 6,78 Prozent im Vorjahre. Diese beträchtliche Steigerung findet ihre Begründung in der gegen das Vorjahr erheblich eingeschränkten Koksverzeugung und der damit im engsten Zusammenhange stehenden geringeren Leistung der Gaskessel. Der am Jahresabschluss verbliebene Bestand, hauptsächlich Koks, auf Kohle umgerechnet, bezifferte sich auf 85 595 To. Die Gesamtbelegschaft, ohne Beamte, stellte sich bei Kriegsausbruch auf 8202 Mann, gegen 8358 Mann im Vorjahre, und betrug am Jahresabschluss rund 6978 Köpfe. Mund 60 Beamte und 2126 Mann wurden zu den Fahnen einberufen; von ihnen hatten bis Jahresabschluss ein Beamter und 40 Mann den Feldentod auf dem Felde der Ehre gefunden. Der reine Durchschnittslohn je Arbeiter und Schicht belief sich im Jahresmittel auf 5,24 Mk. (5,32). Mit der Wiederbelebung des Kohlenmarktes, besonders in den letzten drei Monaten des Berichtsjahres, haben sich die Löhne, besonders bei den Gesteins- und Koksgruenern, wieder gehoben. Die Lohnsteigerung hat sich auch bei den übrigen Arbeiterklassen in das neue Geschäftsjahr hinein ununterbrochen fortgesetzt. Die Arbeitsleistung je Mann und Schicht bezifferte sich auf 1,109 To. (1,099). Die Koksverzeugung betrug bei 687 250 To. Syndikatsbelegung nur 825 117 To. (435 138), sie ist also um 110 021 To. = 25,28 Prozent gegen das Vorjahr gefallen, eine Erscheinung, die lediglich dem bereits im Jahre 1913 eingetretenen, in das Berichtsjahr hinein sich fortziehenden und durch die Kriegsjahre Verwicklung im zweiten Halbjahre ganz beträchtlich verschärften Absinken der Beschäftigung in der Eisenindustrie zuzuschreiben ist. Infolge dieser Umstände stellte sich auch der Koksabsatz auf nur 273 808 To. (457 206). An Nebenzeugnissen entfielen: 1. Schwefelkieserl Ammoniak: 5141 To. (6930). 2. Teer: 14 781 To. (19 808). 3. Leuchtöl: 6093 To. (7495). Der Wenzel-Reinigungsanlage auf Prosper II wurden 5028 To. zur Weiterverarbeitung übergeben; im Verlaufe desselben demnach 65 To., womit einschließlich des Teeres aus dem Vorjahre mit 142 To. der Vorrat am Jahresabschluss auf 207 To. fiel. Von den Koksosen-Gasanlagen auf den Schachtanlagen Prosper I u. II wurden an Deutgas zur Ablieferung gebracht: 5 856 884 Kubikmeter (2 741 700). An elektrischer Energie wurden an fremde Abnehmer abgegeben: 3 018 286 Kilowattstunden (4 699 178). Der Rückgang ist lediglich auf einen geringeren Bezug des Hauptabnehmers, des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, zurückzuführen.“

Diesen Darlegungen können unsere Leser auch entnehmen, wie vielseitig die Betriebsrichtungen einer modernen Bergwerksgesellschaft sind. Sie ist nicht mehr nur „Kohlenpitte“, sondern Koksfabrik, Gemische Fabrik, Gasanstalt, Elektrizitätswerk, oft auch noch Ziegelei, Transportgesellschaft usw. Wenn alle in den verschiedensten Betriebsanlagen beschäftigten Arbeiter auf die Kohlenförderung berechnet werden, dann kann allerdings leicht eine geringe Durchschnittsleistung herauskommen. Der Bericht von Auenberg erzählt uns für 1914 von einer Erhöhung der Arbeitsleistung je Mann und Schicht, obgleich am Jahresabschluss 2126 der kräftigsten Arbeiter Kriegsdienstleistungen. Trotzdem ist aber der „reine Durchschnittslohn je Arbeiter und Schicht“ in 1914 gegen 1913 gefallen!!! Wenn die dem Vernehmen nach „in den drei letzten Monaten des Berichtsjahres“ eingetretene Lohnsteigerung auch nur halbwegs die Lebensmittelpreise ausgleichen soll, muß schon eine nennenswerte Lohnsteigerung eintreten. Auenberg ist eine der bestgestellten Bergwerksgesellschaften im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Sie hat Dividenden bis zu 75 Prozent in einem Jahre verteilt und erzielte auch 1914 noch weit über 2 Millionen Mark. Diese Gesellschaft könnte sich sicher eine anständige Erhöhung der Arbeiterlöhne leisten.

Förderung und Geldwirtschaft der preussisch-sächsischen Saar-Steinohlenwerke.

In den beiden Jahren 1912 und 1913 waren im Saargebiet zwölf Steinohlengruben auf Rechnung des preussischen Staates im Betrieb. Außerdem waren der königlichen Bergwerksdirektion Saarbrücken die Bergfaktorei Köhlme, das Gasenamt zu Malstatt, ferner Kraft- und Wasserwerke und die Bergschule unterstellt. Es betragen:

Table with 3 columns: Category, 1912, 1913. Rows: Förderung, Einnahmen, Ausgaben, Ueberschüsse.

Die Betriebe erbrachten 1913 (auch 1912) Ueberschüsse, die absolut höchsten die Bergwerke Heinitz (5,03 Mio.), Meden (4,85 Mio.). Zusätze erforderten: die Bergwerksdirektion 620 765, die Bergschule 109 201 Mk. Die Abrechnung beweist eine gute Rentabilität der Saargebirgs-Staatsgruben.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Was tatsächlich zusammengebrochen ist

durch die Kriegereignisse, das erzählt der bekannte sozialistische Schriftsteller Heinrich Cunow (Händler Mitarbeiter der „Neuen Zeit“) in seiner im „Vorwärts“-Verlag kürzlich erschienenen Schrift: „Partei zusammenbruch“. Cunow, der die weltgeschichtlichen Ereignisse vom Standpunkt eines entschiedenen Marxisten betrachtet, urteilt in manchen drastischen Weise über solche „Intellektuellen“ (vorzugsweise theoretisch vorgebildete geistige Arbeiter) in der sozialistischen Partei, die durch den Krieg ganz aus „dem Gleichgewicht“ gekommen sind. Er schreibt u. a.:

„Weil sich ein Teil der sozialistischen Intellektuellen in seinen Erwartungen getäuscht findet, weil die geschichtlichen Ereignisse sich nicht nach ihren Illusionen gerichtet haben — deshalb ist nach ihrer Ansicht die deutsche Sozialdemokratie zusammengebrochen und kann nicht mehr als wesentlicher Faktor der internationalen sozialistischen Bewegung gelten. Einen Politiker mit einigen Geschichtskenntnissen, vor allem aber einem Geschichtstheoretiker, der den geschichtlichen Entwicklungslauf in seinen Bedingungen und Zusammenhängen zu erfassen sucht, müßte in dem Fall, daß die Geschichte anders verläuft, wie er erwartet und erhofft hat, sich zunächst doch die Frage aufdrängen: „Wie weit war ich zu meinen Erwartungen geschichtlich berechtigt? Habe ich nicht vielleicht einzelne Entwicklungsmomente falsch beurteilt? Vielleicht sogar die ganze heutige kapitalistische Wirtschaftsentwicklung und die Fortschritte der sozialistischen Bewegung gründlich überschätzt und daher grundlose Illusionen in mir groß gesprochen? Diese Frage müßte jedem der Zusammenbruchstrafonnenre — vorausgesetzt, daß er überhaupt geschichtlichen Sinn besitzt — sich um so mehr aufdrängen, als ja andere am Krieg beteiligte Länder, wie England, Frankreich, Desterreich, seine Erwartungen ebenso enttäuscht haben. Tatsächlich wird aber — das ist äußerst kennzeichnend für den Stand unserer Parteitheoretik — diese Frage gar nicht gestellt. Aus der Nichtberücksichtigung ihrer Erwartungen, ihrer Ideologie mit den geschichtlichen Vorgängen schließen die Verblendeten nicht, daß ihre Ideologie auf das verkehrte Gleise geraten ist, sondern kurzweg, daß die Geschichte eine unrichtige Bahn eingeschlagen hat: eine Folgerung, die einfach unterstellt, nicht die politische Ideologie hätte sich nach dem Entwicklungsverlauf zu richten und in diesem ihre Korrektur, ihre Richtigmachung, zu finden, sondern umgekehrt, der Geschichtsverlauf müßte sich der Ideologie bzw. den politischen Illusionen anpassen. Die in der materialistischen Geschichtsauffassung begründete Folgerung, daß gegenüber der Ideologie die Geschichte immer recht hat, ist diesen Genossen anscheinend noch gar nicht in ihrer Bedeutung klar geworden trotz ihrer häufigen Berufungen auf die Marx'sche Geschichtstheorie.“

Nach Cunow ist also kein „Partei zusammenbruch“ eingetreten, sondern nur die weitestgehenden Erwartungen der betreffenden Theoretiker haben sich nicht erfüllt. Sie glaubten an einen Entwicklungsgrad, der weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, und können (oder wollen) nun nicht einsehen, daß ihre voraussetzende Theorie mit der nichteren Praxis nicht übereinstimmt. Als Marxisten, sagt Cunow, der selber ein sehr geschätzter Verehrer der geschichtsmaterialistischen Methode Marx' ist, müßten diese „Partei zusammenbruch“ konsequenterweise eingestehen, ihre Erwartungen seien durch den Gang der Geschichte als irrig nachgewiesen, statt dessen redeten sie von dem Zusammenbruch der Partei. Zusammengebrochen sei allerdings die „Ideologie“ jener angeblichen Marxisten. — Die Gewerkschaften haben sich an die Erfahrungstatsachen gehalten und sind darum vor übermäßiglichen Erwartungen bewahrt geblieben. Nach dem Kriege wird sich auch, gleich der kapitalistischen Internationale, die gewerkschaftliche Arbeiter-Internationale vielleicht noch schneller als wir hoffen wieder zusammenfinden.

Vom Umlernen.

Das Organ der westdeutschen katholischen Arbeitervereine, die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (W.-Gl. Badach), schreibt in ihrer Nr. 12:

„Ueberhaupt, wer Augen hat zu sehen, der hat in den Kriegsmomenten sehen können. Selbst Gewerkschaften, die man bisher als nur „einseitige Klassenkämpfer“ kannte, zeigten sich als brauchbare, ja unentbehrliche Träger der Kriegshilfe, der Verteilung von Anzeigebild und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, erwiesen sich als notwendige Organe volkswirtschaftlicher Organisation.“

Wir erinnern uns, daß gerade in der „Westdeutschen Arbeiter-Zg.“ sehr oft vor dem Kriege von den freien Gewerkschaften, deren Unentbehrlichkeit auch jetzt anerkannt, als von „einseitigen Klassenkämpfern“ geschrieben worden ist.

Nicht über ist auch ein Vorgang im hessisch-darmstädtischen Landtag. Dort führte ein Sozialdemokrat aus, nicht nur die Arbeiter-Internationale, sondern auch die „goldene“ (kapitalistische) und die „purpurne“ (kirchliche) Internationale habe durch den Krieg eine heftige Erschütterung erlitten. Damit wurde angespielt auf die engste Blutsverwandtschaft zwischen den monarchistischen Herrschern, die sich jetzt kriegerisch gegenüberstehen. Dann trat ein konservativer Bauernbund-Vorredner auf und erklärte, er habe gegen die Sozialdemokraten vor zwei Jahren heftig protestiert, als diese sich gegen den freundschaftlichen Empfang des russischen Zaren (die Partei ist eine heilige Prinzessin) ausgesprochen. Heute tue ihm dieser Protest leid! Die Sozialdemokraten hätten mit ihrer Feindschaft gegen den Zaren das richtige getroffen. Diesen Bauernbündler hat der Krieg auch zum Umlernen genötigt.

Ueber fünf Armeekorps freigewerkschaftlicher Metallarbeiter

stehen unter den Waffen! Von den Mitgliedern des deutschen Metallarbeiterverbandes waren nach den Ermittlungen des Verbandsvorstandes bis zum 13. März 211 711 zum Heere und zur Marine einberufen. Ende August waren es 143 843. Die Einberufungen dauerten an, so daß gegen Mitte März von den 533 814 Verbandsmitgliedern (Stand am 1. August 1914) nur noch 308 892 daheim waren, mithin allein von den einberufenen Mitgliedern des freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverbandes weit über fünf kriegerische Armeekorps gebildet werden konnten. Diese angeblich „baterländischen Gefellen“ werden als Vaterlandsverteidiger ihre volle Pflicht tun. — Der Metallarbeiterverband hat seit Kriegsbeginn bis zum 13. März 5 108 942 Mk. Unterstützung an arbeitslose Mitglieder gezahlt. Auch damit förderte er die baterländischen Interessen.

Aus der Genossenschaftsbewegung. Die größte konsumgenossenschaftliche Organisation

Deutschlands ist der Zentralverband deutscher Konsumvereine, mit Vorstandssitz in Hamburg. Im Jahre 1914 gehörten dem Verband 1109 Vereine an, von denen 1094 mit 1 717 519 Mitgliedern berichteten. Ein Jahr vorher betrug die Zahl der angeschlossenen Vereine 1157, die der berichtenden 1129. Die Verringerung ist auf die Verschmelzung kleiner Vereine zurückzuführen. Die Mitgliederzahl der berichtenden Vereine belief sich 1913 auf 1 621 195. Das Geschäftsjahr schließt bei den größeren Vereinen gewöhnlich am 30. Juni, bei den anderen am 30. September. Die Geschäftsberichte pro 1914 umfassen daher in der Hauptsache noch die Zeit vor dem Kriege. Immerhin wirkte der Krieg schon zum Teil auf das Geschäftsgeheben der Konsumvereine ein. Trotzdem stieg der eigene Geschäftsumsatz noch von 472 006 215 auf 492 980 519 Mk. Wie die einzelnen Landesstellen an der Konsumgenossenschaft beteiligt sind, weist folgende Uebersicht für 1914 nach:

Table with 5 columns: Name des Bezirksverbandes, Zahl der angeschlossenen Vereine, Zahl der Mitglieder, Umsatz im eigenen Geschäft, Umsatz im fremden Geschäft.

In der Kriegszeit ist die Gemeinnützigkeit der Konsumgenossenschaften besonders stark hervorzuheben. Alle unsere Kameraden sollten sich in ihrem eigenen Interesse auch konsumgenossenschaftlich organisieren.

Internationale Rundschau.

Ueber die holländische Gewerkschaftsbewegung

werden von dem amtlichen Zentralbureau für Statistik Angaben veröffentlicht, die teilweise die Zeit von Januar 1910 bis Januar 1914 umfassen. Man ersieht daraus eine große Zersplitterung der „Fachvereinsbewegung“ (so die landesübliche Bezeichnung) des Landes. Die stärkste Gruppe bilden die Organisationsvereine, welche sich in dem Niederländischen Verband der Fachvereine, Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Generalsekretär Karl Legien), zusammengeschlossen. Dieser Zentralverband hatte am 1. Januar 1914 in 990 Zweigvereinen (Ortsgruppen der Berufsverbände) 84 281 Mitglieder. An zweiter Stelle steht das Bureau der 524 Nämlich-katholischen Fachvereine mit 20 048 Mitgliedern. Dann folgten der Christlich-nationale (Proletanten) Zentralverband mit 11 023 Mitgliedern in 226 Ortsvereinen, hierauf das zum Syndikalismus neigende Nationale Arbeitersekretariat mit 9907 Mitgliedern in 67 Fachvereinen und schließlich der Niederländische Verband der Neutralen Fachvereine mit 8884 Mitgliedern in 58 örtlichen Organisationen. Diese fünf Zentralen hatten am 1. Januar 1914 insgesamt 137 893 Mitglieder, gleich 62,60 Prozent der überhaupt fachvereinsmäßig organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Hollands, gegen 53,66 Prozent im Jahre vorher und 48,34 Prozent am 1. Januar 1910. Die Gesamtzahl der von der Reichsstatistik erfassten Fachvereinsmitglieder belief sich jeweils am 1. Januar 1913 auf 157 285, 1914 auf 189 455 in zuletzt 2921 Ortsgruppen. Berechnet man die prozentuale Verteilung aller Fachvereinsmitglieder in Holland auf die einzelnen Gruppen nach ihrer religiös-firchlichen Stellung, so stellt sich folgendes Resultat heraus. Von je 100 Fachvereinsmitgliedern gehörten, immer im Januar der nachbenannten Jahre, an den

Table with 3 columns: Year (1910, 1912, 1913), Protestantische Vereine, Römisch-katholische Vereine, Uebrigere konfessionellen Vereinen, Totalsumme.

Dazu die übrigen Fachvereine 76,41 77,03 76,25. Auch in dem überwiegend protestantischen Holland sind die Katholiken unter den Niedriggläubigen am wichtigsten für die Organisation ihrer Konfessionsgenossen tätig. Im den proletarischen Bezirken der Arbeiter entgegenkommen, besaßen sich die konfessionellen Arbeitervereine mit zum Teil gewerkschaftlichen Aufgaben und rangieren deshalb in der Liste der Fachvereine. Als wirtschaftliche Arbeiterorganisationen, die auch grundsätzlich den Streit als Kampfmittel anerkennen und durchführen, sind die konfessionellen Fachvereine nicht zu betrachten. Das Schwergewicht der holländischen Gewerkschaftsbewegung ruht bei dem Verband der niederländischen Fachvereine, der allein rund 40 Prozent aller organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt.

Die schwedischen Eisenerzbergleute.

gewinnen als Verfolger der deutschen Eisen- und Stahlindustrie mit hochprozentigen Erzen eine hohe Bedeutung. Von der schwedischen Eisenerzförderung, die in diesem Jahre fast 7 1/2 Millionen Tonnen betrug, gingen 1913 über 4 1/2 (71,97 Prozent der Förderung) nach Deutschland, gegen nicht einmal 1 1/2 Millionen Tonnen im Jahre 1909. Großbritannien erhielt 1909 nur 69 629, 1913: 372 578 Tonnen. Fast drei Viertel der Förderung unserer schwedischen Kameraden werden, wie in „Glad auf“ Essen mitgeteilt wird, in Deutschland verfrachtet. Die schwedische Eisenerzförderung hat einen mächtigen Aufschwung genommen. 1861/65 waren pro Jahr durchschnittlich 500 Gruben im Betrieb, die zusammen aber nur 433 486 Tonnen förderten. Bis 1901 war zwar die Zahl der Gruben auf 346 gesunken, jedoch deren Förderung auf 2 793 506 Tonnen gestiegen. 1913 waren nur noch 295 Gruben im Betrieb, die nun 7 475 571 Tonnen förderten. Auch in Schweden machte demnach die Betriebskonzentration große Fortschritte. Die schwedischen Eisenerze gehören zu den besten der Welt. 1913 hatten 69,5 Prozent der gewonnenen Erze einen Metallgehalt von 80 bis 70 Prozent! (Die belgischen Minenwerke haben nur 30 bis 40 Prozent Metallgehalt.) Beschäftigt wurden 1 811 Arbeiter. Ihre Zahl ist seit 1900 ziemlich gleich geblieben, 1861/65 wurden pro Jahr durchschnittlich 5001 beschäftigt. Der auf pro Arbeiter entfallende Förderanteil ist kolossal gestiegen! 1861/65 betrug er jährlich nur 0,1, zwanzig Jahre später 1,41, dann 1901: 2,67, 1910: 3,61, 1913: 6,33 Tonnen! Ueber die Löhne und die sonstigen Arbeitsverhältnisse unserer schwedischen Kameraden hoffen wir bald näheres mitteilen zu können.

Kündigung der Tarifverträge im britischen Kohlenbergbau?

Aus England kommt die Meldung, die Kohlenbergleute forderten eine 20prozentige Lohnerhöhung. Die Grubenbesitzer hätten durch den Generalsekretär ihrer Vereinigung erklären lassen, „daß eine so allgemeine und starke Lohnsteigerung nicht zugestanden werden könne“. Die Arbeiterorganisationen sollen auch schon die Tarifverträge gekündigt haben. Die Angaben über die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter widersprechen sich stark. Nach einem Bericht in der „Köln. Volksztg.“ (vom 30. März) über ein englisches Kohlenausfuhrverbot soll in englischen Zeitungen die Gesamtbelegschaft im letzten November auf 649 653 Mann angegeben sein. Demgegenüber habe im Februar das Arbeiterblatt „Daily Citizen“ die für einen Kohlenarbeiterzeit in Betracht kommende Arbeiterzahl auf 530 000 beziffert. Dann wieder sprechen die neuesten Berichte von einer „allgemeinen Vertragskündigung der 900 000 organisierten Bergarbeiter“. Was ist Wahrheit? Das können wir jetzt nicht auf dem sonst üblichen Wege genau feststellen, da während des Krieges unsere Verbindungen mit dem britischen Bergarbeiterverband unterbrochen sind. Uns ist aber bekannt, daß die in der Miners Federation of Great Britain zusammengeschlossenen Gewerkschaften vor dem Kriege etwa 700 000 Mitglieder besaßen. Von den britischen Bergarbeitern, deren Gesamtzahl etwa 1 100 000 betragen mag, sollen sich etwa 200 000 (freiwillig) für den Heeresdienst gemeldet haben. Wenn auch nur die Hälfte davon gewerkschaftlich organisiert ist, so verblieben noch etwa 600 000 Verbandsmitglieder in den Betrieben, also 300 000 weniger, als nun gekündigt haben sollen. Haben sie gekündigt? Die Tarifverträge laufen jetzt wohl in allen britischen Bergwerksbezirken mit gleicher Kündigungsfrist. Die sehr ungleiche Kündigungsfrist war bekanntlich für die Einleitung des Generalstreiks 1912 ungünstig. Ob nun überall eine vierzehntägige oder eine monatliche oder eine noch längere Kündigungsfrist besteht, ist uns unbekannt. Wir wissen auch nicht, ob der Zentralvorstand (Exekutivkomitee) der Miners Federation tatsächlich bereits die Vertragskündigung überall ausgesprochen hat. Das würde eventuell den Generalfreistreit bedeuten, aber diesen kann der Zentralvorstand nach altem Brauch erst nach einer dementsprechenden Urabstimmung proklamieren. Ob diesmal davon abgesehen wird, wissen wir nicht, glauben es aber nicht, da die Führer der Miners Federation kaum diesen außerordentlich verantwortungsvollen Schritt tun werden, ohne sich vorher der Zustimmung der (N) Mitglieder Mehrheit zu versichern. Nun sind zwar die Kohlenpreise in Großbritannien kolossal (zum Teil 75—100 Prozent) gestiegen, worauf ja die Arbeitervertreter die Forderung der Erhöhung der Vertragslöhne stützen; auch leidet dort wie bei uns die Masse der Bevölkerung unter der starken Nahrungsknappung. Aber wir glauben nicht, daß die notwendige Mitglieder Mehrheit während des Krieges für einen Generalfreistreit der Kohlenbergleute stimmen wird, wenn wir bedenken, welche Stellung die Masse der britischen Arbeiter zum Kriege einnimmt. Hunderttausende haben sich als Rekruten gemeldet. Eine Sympathiebewegung von britischen Arbeiterführern an den belgischen Sozialisten Wandervogel und an den französischen Sozialisten Longuet ist auch von den bergmännischen Parlementsmitgliedern unterzeichnet; und fast alles andere als deutschfreundlich. Die berufsmäßigen Kriegsbegehren haben eben mit Hochdruck gearbeitet. Zwar haben die einflussreichsten Bergarbeiterführer, wie die Kameraden Robert Smillie und T. H. Ashton die Kündigung nicht mit unterzeichnet, aber es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß die große Mehrheit der Bergleute geneigt ist, mit sich über den Anfang der Lohnsteigerung handeln zu lassen, dem Generalfreistreit während des Krieges mit Rücksicht auf die unabsehbaren Folgen dieses Schrittes abgeneigt ist. Total irrig ist es nach unserer Kenntnis der politischen Stimmung der britischen Bergarbeiterschaft, zu glauben, sie wollten jetzt streiken, um ihrer Landesregierung die Kriegsführung zu erschweren. Wenn wirklich die Vertragskündigung erfolgt sein sollte, dann ist es bis zum Generalfreistreit noch ein weiter Weg, auf dem

